



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

17. Juni 1985

Decisione

1059

Ausgestellt

3003 Bern, den 30. Mai 1985

Schriftliche Beantwortung

85.383 Interpellation Braunschweig vom 13. März 1985
 Atomsperrvertrag. Dritte Ueberprüfungskonferenz.

Schriftliche Beantwortung

Aufgrund des Antrages des EDA vom 30. Mai 1985

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die Interpellation Braunschweig wird gutgeheissen.

An den Nationalrat

Für getreuen Auszug

der Protokollführer:

Pierre Aubert

Protokollauszug an:

 ohne / mit Beilage

Nr.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	12	-
	X	EDI	6	-
		EJPD		
	X	EMD	6	-
		EFD		
	X	EVD	6	-
	X	EVED	6	-
	X	eK	4	-
		EFK		
		Fin. Del.		





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Ausgeteilt

3003 Bern, den 30. Mai 1985

An den Bundesrat

Schriftliche Beantwortung

85.383 Interpellation Braunschweig vom 13. März 1985
Atomsperrvertrag. Dritte Ueberprüfungskonferenz.

Die Antwort auf die Interpellation Braunschweig wird gutgeheissen
(siehe Beilage).

Die mitinteressierten Dienststellen im EDI (Schweizerischer Schul-
rat), im EMD (Gruppe für Generalstabdienste), im EVD (Bundesamt
für Aussenwirtschaft) und im EVED (Bundesamt für Energiewirtschaft)
haben der Antwort zugestimmt.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Pierre Aubert

Beilage:

Antwort d und f

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

EDA (12)
EDI (6)
EMD (6)
EVD (6)
EVED (6)



EIDGENÖSSISCHES DEPARTMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DEPARTMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, den 30. Mai 1985

Ausweis Nr. 11

Schriftliche Beantwortung
85.383 Interpellation Braunschweig vom 13. März 1985
Atomsperrvertrag. Dritte Ueberprüfungskonferenz.

Aufgrund des Antrages des EDA vom 30. Mai 1985
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die Interpellation Braunschweig wird gutgeheissen.

Für getreuen Auszug

der Protokollführer:

Pierre Aubert

An den Nationalrat

Billets

Antwort B und E

An den Nationalrat

Protokollauszug

- EDA (11)
- ED (15)
- ED (15)
- EVD (15)
- EVD (15)

85.383 I Braunschweig - Atomsperrvertrag. Dritte Ueberprüfungs-
konferenz (13. März 1985)

Text der Interpellation

Am 2. September 1985 wird in Genf die Dritte Überprüfungs-konferenz zum Atomsperrvertrag 1968/1970 (NPT, Treaty on the Non-Proliferation Of Nuclear Weapons) beginnen.

1. Wie beurteilt der Bundesrat aus heutiger Sicht den damaligen Vertragsabschluss, die seitherigen Entwicklungen, die Auswirkungen der beiden bisherigen Überprüfungs-konferenzen, Erfolge und Misserfolge, erfüllte Hoffnungen und Enttäuschungen?
2. In welcher Weise kann die Schweizer Delegation in Genf beitragen, den Atomsperrvertrag wirksamer im Sinne der ursprünglichen, nicht militär- und nicht wirtschaftsgebundenen Absichten auszubauen?
3. Müssen im einzelnen die sogenannte «friedliche Atomexplosion» Indiens 1974, der Atomtest Südafrikas 1979, die vermuteten Atomsprengkörper Israels, Pakistans, Argentinien und Taiwans, die gleichgerichteten Bemühungen in den Schwellenländern Brasilien, Ägypten, Irak und Südkorea als dem Atomsperrvertrag widersprechend beurteilt werden (horizontale Proliferation), ebenso wie die ungebrochen quantitative und qualitative Nuklearrüstung der bisherigen Atomwaffenstaaten (vertikale Proliferation)?
4. Was hält der Bundesrat unter diesen Gesichtspunkten vom Kontrollsystem der Internationalen Atomenergieagentur (IAEO) in Wien? Ist es richtig, dass die IAEO die Ausgaben für die Sicherheitskontrollen einfrieren liess und dafür die Ausgaben für die technische Zusammenarbeit laufend erhöhte?
5. Teilt der Bundesrat die kürzlich an der UNO-NGO-Konferenz in Nairobi geäusserten Bedenken, wonach die Atom-technologie in der Dritten Welt kaum oder nicht zu einer umfassenden Entwicklung beigetragen habe, da sie in grossen Mengen zu zentral anfällt, aber zum Beispiel in Indien bis zu 80 Prozent der gesamten Forschungskosten beansprucht?
6. Wie hat sich unter dem Régime des Atomsperrvertrages der Uran-Import in die Schweiz aus Kanada (Uranlieferembargo), aus Australien und aus Namibia (illegaler Import aus Rössing-Minen der Rio Tinto Zink mit Briefkastensitz in Zug) unter aussenpolitischen, militärischen, wirtschaftlichen und technologischen Gesichtspunkten entwickelt?
7. Wie weit trägt die Schweiz eine Verantwortung für die (horizontale) Weiterverbreitung der Atomwaffen – nicht vor dem Wortlaut des Atomsperrvertrages sondern vor seiner geistigen Grundlage und vor der Geschichte – durch technische Studien, Datenerarbeitung, Entwicklung von Technologien im Zusammenhang mit Produktion und Lagerung von Plutonium (bis heute rund 5,5 Tonnen für die Herstellung von Atombomben) im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung (EIR) in Würenlingen, durch Exporte von Schwerwasseranlagen nach Indien und Argentinien, von Urananreicherungs-technologie nach Pakistan und Südafrika, von Reaktorbestandteilen nach Argentinien, Brasilien, Philippinen, Südafrika usw.
8. Der Atomsperrvertrag beruht auf der Trennung der «friedlichen» und der militärischen Nutzung der Atomenergie. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass diese Trennung heute nicht mehr aufrechterhalten werden kann? In welcher Weise soll Artikel 4 diesen neuen Erkenntnissen angepasst werden?

9. Was kann die Schweizer Delegation gegen die permanente Verletzung des Artikels 6 und zu seiner wirkungsvollen Durchsetzung beitragen (Versprechen der Atomwaffenstaaten, «in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Massnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft»)?
10. Wie sieht der Bundesrat vor dem Atomsperrvertrag Planung und Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht durch Frankreich, die BRD und andere Staaten auf der technologischen Basis der schnellen Brutreaktoren und des europäischen Plutoniumkreislaufes?

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Bircher, Búndi, Christinat, Clivaz, Eggenberg-Thun, Euler, Fankhauser, Friedli, Günter, Hubacher, Jaeger, Jaggi, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meyer-Bern, Morf, Müller-Bachs, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Renschler, Robbinai, Robert, Rohrer, Ruch-Zuchwil, Ruffly, Stappung, Vannay, Weder-Basei (34)

Antwort des Bundesrates

1. Zur Beurteilung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomsperrvertrag) seien zuerst dessen Zielsetzung und Durchführungsbestimmungen in Erinnerung gerufen.

Der 1970 in Kraft getretene Atomsperrvertrag bezweckt, zur Verminderung der Gefahr eines Atomkrieges die Verbreitung von Kernwaffen, d.h. die Entstehung neuer Kernwaffenmächte (horizontale Proliferation) zu verhindern. Zu diesem Zweck verpflichten sich die dem Vertrag beigetretenen Kernwaffenstaaten, Kernwaffen nicht weiterzugeben. Die beigetretenen Nichtkernwaffenstaaten verzichten darauf, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper selber herzustellen oder zu erwerben. Als Kompensation zu diesem Verzicht stipuliert der Vertrag die Verpflichtung aller Mitglieder, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu fördern und garantiert, dass das unveräusserliche Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie nicht beeinträchtigt werde. Die dem Vertrag angehörenden Kernwaffenstaaten verpflichten sich ausserdem, in redlicher Absicht Verhandlungen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung zu führen.

Voraussetzung für die Lebensfähigkeit und die Wirksamkeit dieses auf ungleicher Behandlung beruhenden Vertrages ist die zufriedenstellende Erfüllung aller Verpflichtungen sowie ein möglichst grosser Universalitätsgrad. Die Verwirklichung dieser beiden Voraussetzungen ist wie folgt zu beurteilen:

Von den Vertragsverpflichtungen sind die Verbote der Weitergabe (Art. I) sowie der Beschaffung von Kernwaffen (Art. II) bisher, soweit bekannt, von den Vertragsparteien eingehalten worden.

Demgegenüber haben sich die Erwartungen in Bezug auf die vom Vertrag vorgesehenen Kompensationen nur zum Teil erfüllt. Es betrifft dies im wesentlichen Artikel IV (friedliche Nutzung der Kernenergie und entsprechende internationale Zusammenarbeit) und Artikel VI (Rüstungsstopp und Abrüstung im nuklearen Bereich).

Die von wichtigen Lieferstaaten vorgenommenen Verschärfungen der Exportbedingungen bzw. die praktizierten Behinderungen bei Bewilligungsverfahren führten zu Erschwerungen der internationalen Zusammenarbeit. Diese Massnahmen wurden deshalb insbesondere von Entwicklungsländern, aber auch von Industriestaaten kritisiert.

Auch die Misserfolge bei den Abrüstungsverhandlungen haben zu Spannungen innerhalb der Vertragsstaaten geführt. Die von den Kernwaffenstaaten fortgesetzte vertikale Proliferation beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit des Sperrvertrages.

Die Erwartungen in Bezug auf die Universalität des Vertrages sind nicht voll erfüllt worden. Der Vertrag zählt heute zwar 124 Mitglieder, Staaten mit bedeutender nuklearer Tätigkeit wie z.B. Argentinien, Brasilien, Indien, Israel, Pakistan und Süd-Afrika sind ihm jedoch ferngeblieben.

An den bisher stattgefundenen Ueberprüfungskonferenzen hat insbesondere die unbefriedigende Erfüllung der Kompensationsartikel zu Unstimmigkeiten geführt. An der zweiten Konferenz von 1980 ist es nicht gelungen, ein Schlussdokument zu verabschieden. Die Bedeutung dieser Konferenzen darf jedoch nicht unterschätzt werden. Die regelmässige Ueberprüfung der Durchführung des Vertrages, an der die einzelnen Staaten in Bezug auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur Rechenschaft gezogen werden, stärkt dessen Wirksamkeit.

Trotz der erwähnten Schwächen des Atomsperrvertrages hat sich an der ursprünglichen Beurteilung, wie sie in der Botschaft betreffend den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 30. Oktober 1974 (BB1 1974 II 1009ff.) dargestellt ist, nichts Wesentliches geändert.

2. Einleitend ist zu bemerken, dass der Sperrvertrag, mit dem die Gefahr eines Atomkrieges gebannt werden sollte, von Anfang an primär "militär- und wirtschaftsgebundene Absichten" verfolgt hat. Ohne dies wäre er zwecklos und gar nie zustande gekommen.

Die Schweiz wird ihre bisher verfolgte Politik, die wiederholt bekanntgemacht wurde, auch in Zukunft vertreten. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, die schweizerische Haltung zu Einzelfragen der nächsten Ueberprüfungskonferenz festzulegen.

3. Von der Explosion eines als friedlich erklärten Kernsprengkörpers in Indien 1974 abgesehen, sind der "Atomtest Südafrikas 1979, die vermuteten Atomsprengkörper Israels, Pakistans, Argentinis und Taiwans, die gleichgerichteten Bemühungen in den Schwellenländern Brasilien, Aegypten, Irak und Südkorea" nie bewiesen worden. Es ist nicht die Praxis des Bundesrates, sich zu solchen Behauptungen zu äussern.

Uebrigens ist festzuhalten, dass nukleare Aktivitäten von Staaten, die dem Atomsperrvertrag nicht beigetreten sind, diesen Vertrag nicht verletzen können. Auch im Bereich der Kernenergie und der Nonproliferation gilt das Prinzip der Souveränität und Gleichheit aller Staaten.

4. Das Kontrollsystem der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) ist das bisher einzige weltweit funktionierende Verifikationssystem. Die Jahresberichte der IAEA sowie ihre "Safeguards Implementation Reports" geben über Ausmass, Funktionsweise, Auswertung der Kontrollen sowie über die verschiedenen Aktivitäten im Rahmen des Systems detaillierte Auskunft. Der Bundesrat hat keinen Anlass, an der Wirksamkeit des IAEA-Kontrollsystems zu zweifeln.

Die IAEA hat die Ausgaben für Sicherheitskontrollen der Agentur nicht einfrieren lassen, sie sind aber - bedingt durch die in den letzten Jahren eingetretene Verlangsamung des nuklearen Ausbaus - wenig gewachsen. Im Bereich der technischen nuklearen Zusammenarbeit sind hingegen die freiwilligen Beiträge jährlich erhöht worden, um den diesbezüglichen Forderungen der Entwicklungsländer entgegenzukommen. Die Agentur hat eine Angleichung dieser freiwilligen

Beiträge an die Kosten des Kontrollsystems als anzustrebendes Ziel bezeichnet, da die Entwicklungsländer die Meinung vertreten, dass die technische Hilfe im Vergleich zu den Ausgaben für die Sicherheitskontrollen ungenügend sei.

5. Zur Evaluation der Energiesituation in einzelnen Entwicklungsländern verweisen wir auf das diesbezügliche Programm der Weltbank.

Der Ausbau der Atomenergie in Entwicklungsländern ist in erster Linie eine Frage der Energiepolitik dieser Staaten.

6. Aus Kanada ist seit Verhängung des Embargos im Jahre 1977 kein Uran mehr in die Schweiz geliefert worden. Dies hat höchstens Folgen in Bezug auf die Diversifikation der Bezugsquellen.

Zwischen Australien und der Schweiz ist ein Rahmenabkommen ausgehandelt, bisher jedoch noch nicht unterzeichnet worden.

Betreffend Uran-Importe aus Namibia verweisen wir auf die Beantwortung der Interpellation Mascarin vom 30. November 1981 (81.546).

7. Zur Frage der im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung (EIR) vorliegenden Plutoniummengen verweisen wir auf die Beantwortung der Einfachen Anfrage Braunschweig vom 7. Oktober 1983 (83.736). Die im EIR betriebenen Forschungen dienen ausschliesslich friedlichen Zwecken. Die Vermutung bezüglich Arbeiten im Zusammenhang mit Produktion und Lagerung von 5,5 t Plutonium für die Herstellung von Atombomben ist unbegründet.

Der Export der Schwerwasseranlage nach Argentinien ist in Übereinstimmung mit den multilateralen Nonproliferationsverpflichtungen der Schweiz bewilligt worden. Zur Zeit der Lieferung nach Indien hat es noch keine Exportbedingungen für Schwerwasseranlagen gegeben.

Die Schweiz verfügt nicht über die Urananreicherungstechnologie. Die Zulieferung von Reaktorbestandteilen nach Argentinien ist ebenfalls in Übereinstimmung mit den multilateralen Verpflichtungen der Schweiz durchgeführt worden. Von entsprechenden Lieferungen nach Brasilien, den Philippinen und Südafrika ist nichts bekannt.

Die Schweiz bewilligt Exporte von kontrollpflichtigen nuklearen Gütern nur dann, wenn gewährleistet ist, dass sie für ausschliesslich friedliche und nicht-explosive Zwecke verwendet und entsprechend kontrolliert werden. Mit dieser Exportpolitik hält sie sich an ihre internationalen Verpflichtungen und handelt keineswegs im Widerspruch zur "geistigen Grundlage" des Atomsperrvertrages, sondern fördert dessen Zielsetzung, weil nur dann auf andere Staaten im Sinne der Nonproliferation eingewirkt werden kann, wenn zusammengearbeitet wird. Dasselbe gilt auch für Studien und Forschungen, wie bereits in der Botschaft betreffend den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 30. Oktober 1974 (BB1 1974 II 1027/40/43) dargestellt.

8. Die Kerntechnologie kann, wie jede andere Technologie, für friedliche und militärische Zwecke verwendet werden. Die dem Sperrvertrag beigetretenen Nicht-Kernwaffenstaaten haben sich verpflichtet, auf Kernwaffen zu verzichten und ihre friedliche nukleare Tätigkeit der IAEA-Kontrolle zu unterstellen. Die Kernwaffenstaaten haben diesbezüglich keine Verpflichtungen; die USA, Grossbritannien und Frankreich haben jedoch auf freiwilliger Basis Kernanlagen oder -materialien unter Kontrolle gestellt und sie damit von ihrem militärischen Programm ausgenommen. Die Sowjetunion hat kürzlich ein entsprechendes Kontrollabkommen mit der IAEA abgeschlossen; Kontrollen sind jedoch noch nicht durchgeführt worden. Die Volksrepublik China hat einen solchen Schritt noch nicht unternommen.

Die ausschliesslich friedliche Verwendung der Kernenergie ist eine Frage des politischen Willens und der Bereitschaft, die entsprechenden Folgen zu tragen. Dieser politische Wille ist

Voraussetzung und Grundlage des Sperrvertrages. Artikel IV - revidiert oder nicht - ändert an dieser Situation nichts.

9. Die mangelnden Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen und die vertikale Proliferation stellen die Glaubwürdigkeit des Atomsperrvertrages zweifelsohne in Frage. Die Schweiz hat an der Ueberprüfungskonferenz 1980 die Auffassung vertreten, dass die beiden Supermächte mit der Durchführung von Abrüstungsverhandlungen ihre Vertragsverpflichtungen zwar formell erfüllen, dass jedoch Erfolg oder Misserfolg in diesem Bereich für die Weiterexistenz des Atomsperrvertrages ausschlaggebend sein würden. Es ist zu hoffen, dass die im Frühling wiederaufgenommenen Gespräche zwischen den Grossmächten zu einer Verbesserung der Situation führen werden.

10. Zum Problem einer europäischen Atomstreitmacht verweisen wir auf die diesbezüglichen Feststellungen in der Botschaft betreffend den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 30. Oktober 1974 (BB1 1974 II 1024/27).

85.383 I Braunschweig - Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires. IIIe conférence de réexamen (13 mars 1985)

Texte de l'intervention

La troisième conférence de réexamen du traité de 1968 et 1970 sur la non-prolifération des armes nucléaires s'ouvrira à Genève le 2 septembre 1985.

1. Comment le Conseil fédéral juge-t-il, compte tenu de l'expérience acquise, le traité conclu à l'époque, les développements qui ont suivi, les effets des deux conférences de réexamen qui ont déjà eu lieu, les succès et les échecs enregistrés, les espoirs qui se sont réalisés et ceux qui ont été déçus?
2. Comment notre délégation pourrait-elle contribuer à Genève à rendre le traité plus efficace et à le développer conformément aux objectifs initiaux, sans qu'il soit assujéti aux besoins militaires et économiques?
3. L'essai nucléaire à des fins prétendument pacifiques auquel l'Inde a procédé en 1974, celui qu'on a enregistré en Afrique du sud en 1979, le fait qu'Israël dispose peut-être d'engins atomiques, les efforts analogues du Brésil, de l'Égypte, de l'Irak et de la Corée du sud, pays disposant de la technologie nécessaire pour se doter de la bombe, doivent-ils être considérés comme des violations du traité de non-prolifération; de même que, le cas échéant, l'agrandissement constant des arsenaux nucléaires des Etats déjà en possession de l'arme atomique et le perfectionnement ininterrompu de celle-ci?
4. Compte tenu de ce qui précède, quel jugement le Conseil fédéral porte-t-il sur le système de contrôle de l'agence internationale de l'énergie atomique (AIEA), qui a son siège à Vienne? Est-il exact que cette agence a fixé un plafond pour les dépenses relatives aux contrôles de sécurité et a augmenté régulièrement celles faites au titre de la coopération technique?
5. A la conférence récemment tenue à Nairobi par l'ONU et les organisations non gouvernementales, on a affirmé que la technologie atomique n'avait guère contribué à un développement général des pays du tiers monde, parce que les fonds très considérables qui lui sont attribués sont réservés à un trop petit nombre de projets (en Inde par exemple, 80 pour cent des fonds consentis pour la recherche sont absorbés par le domaine nucléaire). Le gouvernement partage-t-il cette opinion?
6. Comment les importations d'uranium en provenance du Canada (embargo de livraison), d'Australie et de Namibie (importation illégale d'uranium extrait dans les mines Rössing de la «Rio Tinto Zink», société de domiciliation ayant son siège à Zoug) se sont-elles développées sous le régime instauré par le traité, si on considère les aspects politiques, militaires, économiques et techniques de la question?
7. Dans quelle mesure la Suisse est-elle responsable devant l'histoire - non selon la lettre du traité, mais compte tenu de son esprit - de la prolifération des armes atomiques (en raison des études techniques auxquelles elle procède, de l'élaboration des données, du développement à l'Institut fédéral de recherches en matière de réacteurs [IFR] de Würenlingen, de la technique relative à la production et au stockage du plutonium - actuellement les réserves de cette substance destinée à la fabrication de bombes atomiques atteignent près de 5,5 tonnes - de la vente à l'Inde et à l'Argentine d'installations servant à produire de l'eau lourde, de la communication au Pakistan et à l'Afrique du sud des connaissances techniques permettant d'enrichir l'uranium et de la livraison de pièces de réacteurs à l'Argentine, au Brésil, aux Philippines, à l'Afrique du sud, etc.)?

8. Le traité sur la non-prolifération des armes atomiques se fonde sur la distinction entre l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire d'une part, et son usage à des fins militaires d'autre part. Le Conseil fédéral n'est-il pas également d'avis que cette distinction n'est plus valable? Comment faut-il adapter l'article 4 du traité à cette situation nouvelle?
9. Que peut faire notre délégation pour que l'article 6, qui a été systématiquement violé, soit enfin appliqué sérieusement (il s'agit de la promesse faite par les Etats possédant l'arme atomique de s'engager «à poursuivre de bonne foi des négociations sur des mesures efficaces relatives à la cessation de la course aux armements nucléaires à une date rapprochée»)?
10. Le traité permet-il, de l'avis du Conseil fédéral, la création par la France, l'Allemagne fédérale et d'autres Etats, d'une force européenne dotée de l'arme atomique, grâce à la technique du surrégénérateur rapide et du cycle du plutonium utilisé en Europe?

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Bäumlín, Bircher, Bundi, Christinat, Clivaz, Eggenberg-Thoune, Euler, Fankhauser, Friedli, Günter, Hubacher, Jaeger, Jaggi, Leuenberger Moritz, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meyer-Berne, Morf, Müller-Bachs, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Renschler, Robbiani, Robert, Rohrer, Ruch-Zuchwil, Ruffly, Stappung, Vannay, Weder-Bäle (34)

Réponse du Conseil fédéral

1. Si l'on veut porter un jugement sur le traité de non-prolifération des armes nucléaires (TNP), il convient d'abord de rappeler son but et les dispositions d'application prévues.

Le TNP, entré en vigueur en 1970, a pour but d'empêcher la prolifération des armes atomiques, c'est-à-dire l'émergence de nouvelles puissances nucléaires (la prolifération horizontale), afin de diminuer le danger de guerre nucléaire. A cet effet, les Etats dotés d'armes nucléaires qui ont adhéré au traité s'engagent à ne pas transférer des armes nucléaires à des tiers. Quant aux Etats parties au traité qui ne sont pas dotés de telles armes, ils renoncent pour leur part à en fabriquer eux-mêmes ou à en acquérir, ce qui vaut aussi pour d'autres dispositifs nucléaires explosifs. A titre de compensation, le traité stipule l'obligation pour tous les Etats membres de favoriser la coopération internationale dans le domaine de l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire et garantit que le droit inaliénable à l'usage pacifique de l'énergie nucléaire ne sera pas entravé. Les Etats parties au traité qui sont dotés d'armes nucléaires s'engagent en outre à mener de bonne foi des négociations en vue de la cessation de la course aux armements nucléaires et en vue du désarmement nucléaire.

Afin de rendre ce système, basé sur un traitement inégal des Etats, viable et efficace, deux conditions doivent être remplies: la réalisation satisfaisante de toutes les obligations conventionnelles ainsi que l'atteinte du plus grand degré possible d'universalité du traité. La réalisation de ces deux conditions doit être appréciée de la façon suivante:

Les obligations de non-prolifération, soit les interdictions de transférer (Article I) ou d'acquérir des armes nucléaires (Article II) de quelque manière que ce soit, ont été jusqu'à maintenant, pour autant qu'on le sache, observées par les parties au traité.

En revanche, les espoirs se rapportant aux compensations prévues dans le traité n'ont été réalisés que partiellement. Ceci concerne

essentiellement l'article IV (utilisation pacifique de l'énergie nucléaire et coopération internationale correspondante) et l'article VI (cessation de la course aux armements et désarmement dans le domaine nucléaire).

Le durcissement des conditions de livraison appliqué par des pays fournisseurs importants d'une part, certaines entraves pratiquées lors des procédures administratives d'autre part, rendaient difficile la coopération internationale. Ces mesures ont été critiquées en premier lieu par les pays en développement, mais aussi par des Etats industrialisés.

De même, les échecs des négociations sur le désarmement ont produit des tensions entre les parties au traité. La prolifération verticale poursuivie par les Etats dotés d'armes nucléaires porte atteinte à la crédibilité du TNP.

Les espoirs d'atteindre l'universalité du traité n'ont pas été complètement réalisés. Certes, le TNP compte aujourd'hui 124 membres, mais des Etats ayant une activité importante dans le domaine nucléaire, comme par exemple l'Argentine, le Brésil, l'Inde, Israël, le Pakistan et l'Afrique du Sud, n'y ont pas adhéré.

Lors des deux conférences d'examen qui ont déjà eu lieu, l'application insatisfaisante des articles de compensation a suscité des controverses. Les désaccords apparus à la seconde conférence, en 1980, ont même empêché l'adoption d'un document final. Néanmoins, l'importance de ces conférences ne doit pas être sous-estimée. L'examen régulier de l'application du traité lors duquel les Etats ont à rendre compte de la manière dont ils ont rempli leurs obligations, renforce son efficacité.

Malgré les faiblesses mentionnées ci-dessus, rien d'essentiel n'a changé par rapport à l'appréciation originelle du traité telle qu'elle est présentée dans le message du 30 octobre 1974 (FF 1974 II 1009ss.).

Réponse du Conseil fédéral

2. D'emblée, il faut remarquer que le traité de non-prolifération des armes nucléaires, qui veut bannir la guerre nucléaire, implique nécessairement des aspects militaires et économiques. Sans cela, il serait inutile et ne serait même jamais entré en vigueur.

La Suisse restera fidèle à la politique qu'elle a suivie jusqu'à maintenant et qu'elle a rendue publique à plusieurs reprises. Il est prématuré de fixer la position Suisse pour des questions de détails en vue de la prochaine conférence d'examen.

3. Jusqu'ici, seule l'explosion en 1974 d'un engin nucléaire à des fins prétendument pacifiques en Inde a été attesté. En revanche, les affirmations concernant l'essai nucléaire d'Afrique du Sud en 1979, le fait qu'Israël, le Pakistan, l'Argentine et Taiwan disposeraient d'engins nucléaires, et celle concernant les efforts analogues du Brésil, de l'Egypte, de l'Irak et de la Corée du Sud, pays qui disposeraient de la technologie nécessaire pour se doter de la bombe, ne sont que des présomptions. Il n'est pas dans les habitudes du Conseil fédéral de prendre position sur des faits non avérés.

Au demeurant, il convient de relever que les activités nucléaires d'Etats qui n'ont pas adhéré au traité ne peuvent pas violer ce traité. Le principe de la souveraineté et de l'égalité de tous les Etats vaut également dans le domaine de l'énergie nucléaire et de la non-prolifération.

4. Le système de contrôle de l'Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA) est, pour l'heure, l'unique système de vérification fonctionnant à l'échelle mondiale. Les rapports annuels de l'AIEA ainsi que les "Safeguards Implementation Reports" donnent des informations détaillées sur la dimension des contrôles effectués, sur leurs mécanismes de fonctionnement et leur exploitation, ainsi que sur les différentes activités dans le cadre du

19/80

Le Conseil fédéral n'a pas de raison de mettre en doute l'efficacité du système de contrôle de l'AIEA.

L'AIEA n'a pas fixé de plafond pour les dépenses relatives au contrôle de la sécurité; celles-ci ont par contre stagné à la suite du ralentissement observé ces dernières années dans le développement du nucléaire. Dans le domaine de la coopération technique, les contributions volontaires ont augmenté chaque année, ceci afin de répondre aux demandes des pays en développement. L'Agence a estimé que ces contributions volontaires devaient être ajustées aux coûts occasionnés par le système de contrôle, parce que les pays en développement sont d'avis que l'aide technique est insuffisante en comparaison des montants consacrés précisément au contrôle.

5. Pour ce qui est de l'évaluation de la situation énergétique dans les pays en développement, nous renvoyons au programme de la Banque mondiale.

Le développement de l'énergie nucléaire dans les pays en développement est une question relevant essentiellement de la politique énergétique de ces Etats.

6. Les livraisons d'uranium en provenance du Canada ont été interrompues depuis 1977, année de la mise en application de l'embargo sur les exportations. La seule conséquence qui en découle pour la Suisse concerne, tout au plus, l'application de sa politique de diversification en matière d'approvisionnement.

Un accord cadre a été négocié entre l'Australie et la Suisse, qui n'a pas encore été signé.

En ce qui concerne les importations d'uranium en provenance de la Namibie, nous renvoyons à la réponse donnée à l'interpellation Mascarin du 30 novembre 1981 (81.546).

7. Pour ce qui a trait aux quantités de plutonium entreposées à l'Institut fédéral de recherches en matière de réacteurs, nous renvoyons à la réponse donnée à la question ordinaire Braunschweig du 7 octobre 1983 (83.736). Les recherches effectuées à l'Institut ne servent qu'à des fins pacifiques. L'affirmation selon laquelle on produirait et stockerait 5,5 t de plutonium en vue de la fabrication de bombes atomiques n'a aucun fondement.

Les livraisons d'installations d'eau lourde à l'Argentine ont été effectuées conformément aux engagements multilatéraux de non-prolifération pris par la Suisse. A l'époque de la livraison à l'Inde, il n'existait encore aucune restriction d'exportation pour les installations servant à produire de l'eau lourde.

La Suisse ne dispose pas des connaissances technologiques permettant un enrichissement de l'uranium. La livraison de pièces de réacteurs à l'Argentine s'est faite également en accord avec les engagements multilatéraux de non-prolifération pris par la Suisse. On ignore tout des prétendues livraisons effectuées au Brésil, aux Philippines et à l'Afrique du Sud.

La Suisse n'accorde l'autorisation d'exporter des marchandises nucléaires soumises à contrôle qu'avec la garantie qu'elles seront utilisées à des fins exclusivement pacifiques et "non-explosives" et ceci sous réserve de pouvoir exercer un contrôle. En poursuivant une telle politique d'exportation, la Suisse respecte ses engagements internationaux et ne contrevient pas à "l'esprit" du traité, mais bien au contraire promeut ses objectifs, parce que seule une coopération avec d'autres Etats permet d'exercer sur eux une influence allant dans le sens de la non-prolifération. Il en va de même des études et recherches dans le sens mentionné par le message du 30 octobre 1974 (FF 1974 II 1027/40/43).

8. La technologie nucléaire, comme toute autre technologie, peut être utilisée à des fins pacifiques comme à des fins militaires.

Les Etats non dotés d'armes nucléaires qui ont adhéré au traité de non-prolifération se sont engagés à renoncer à l'utilisation des armes nucléaires et à soumettre leur activité nucléaire pacifique aux contrôles de l'AIEA. Les Etats dotés d'armes nucléaires n'ont, à cet égard, aucun engagement; les Etats-Unis, la Grande-Bretagne et la France ont néanmoins soumis, de leur plein gré, certaines installations ou matières au contrôle, les excluant ainsi de leur programme militaire. L'Union soviétique a récemment conclu une convention de contrôle analogue avec l'AIEA; néanmoins aucun contrôle n'a encore été effectué. La République populaire de Chine n'a pas encore entrepris de démarches dans ce sens.

L'utilisation de l'énergie nucléaire à des fins exclusivement pacifiques est une question de volonté politique et d'acceptation des conséquences éventuelles. Cette volonté politique est une condition indispensable et constitue la base de tout régime de non-prolifération. Une révision de l'article IV ne modifierait en rien cette situation.

9. Les résultats insuffisants des négociations sur le désarmement et la prolifération verticale rendent le TNP fragile. Lors de la conférence d'examen de 1980, la Suisse a défendu l'idée que les deux superpuissances remplissent certes formellement leurs obligations en menant des négociations, mais que le succès ou l'échec en ce domaine aurait un effet déterminant sur le sort du traité. Il faut espérer que la reprise des négociations de Genève entre les superpuissances aboutisse à une amélioration de la situation.
10. En ce qui concerne le problème d'une puissance de frappe nucléaire européenne, nous renvoyons au message concernant le traité de non-prolifération du 30 octobre 1974 (FF 1974 II 1024/28).